

## Buchbesprechungen

Sieglinde Rosenberger/Gilg Seeber  
WÄHLEN.

Wien 2008, facultas.wuv, UTB Profile, 109 S., 9,90 EUR.

Vorliegendes Buch bezieht sich nicht so sehr auf *Wahlen*, vielmehr das *Wählen* steht im Blickpunkt. Der Untertitel der Einführung spricht auch von „Wahlen als Methode der Demokratie“, in Anlehnung und Abwandlung des von G. Bingham Powell 2000 erschienen Buchs *Elections as Instruments of Democracy*. Paradigmatisch gehen Sieglinde Rosenberger und Gilg Seeber von einer Nähe beziehungsweise Überlagerung der Konzepte von „Wahldemokratien“, „Flächendemokratien“, „Massendemokratien“ und „liberalen Demokratien“ aus, und definieren im Glossar: „Liberaler Demokratie/Wahldemokratie bezeichnet jene Form der politischen Herrschaftsorganisation, bei der durch freie und faire (Einhaltung von Wahlprinzipien), regelmäßig und kompetitiv (Mehrparteiensystem) organisierte Wahlen die politische Führung (Regierung und Parlament) generiert und kontrolliert wird“. Liberale Demokratien verlangen ferner politische Rechte und bürgerliche Grundfreiheiten (S. 103). Wahlen repräsentieren quasi ein Spiegelbild von Politik, Gesellschaft und Kultur. Die realen liberalen Demokratien, die das Wahlrecht zu meist an Staatsbürgerschaft rückbinden, werden dabei durch Migration und Mobilität im Besonderen herausgefordert, da dies eine wachsende Zahl der Bevölkerung vom Wählen ausschließt (bzw. ausschließen kann). Die AutorInnen definieren das Programm beziehungsweise Anliegen ihres Buchs zweifach: (1) Als eine *Einführung zum politischen Wählen*, das sich vor allem mit demokratiepolitischen Konzepten und Problemen auseinandersetzt und dabei den Umstand reflektiert, dass Parteien und PolitikerInnen die Spielregeln des Wählens selbst bestimmen (bzw. mitbestimmen können). Wahlrechte sind interessegebunden und zeigen auch Machtverhältnisse auf. Empirische Verweise dienen mehr der Illustration und konzentrieren sich vor allem auf Deutschland, Österreich und die Schweiz sowie in weiterer Folge die Europäische Union. (2) Wählen wird als eine *politische Partizipationsform* begriffen und bringt damit zum Ausdruck, dass Wahlberechtigte beziehungsweise WählerInnen mit einer „Wahlmacht“ ausgestattet sind. Dieses politische Recht soll auch zu einer Zunahme von Lebensstandard und materiellem Wohlstand führen. Der Regierung/Oppositions-Zyklus besagt schließlich: „Enttäuschen die Regierenden die Erwartungen der WählerInnen, dann gibt es in regelmäßigen Abständen die Möglichkeit zu sanktionieren, einen Regierungswechsel herbeizuführen, AmtsinhaberInnen abzuwählen“ (S. 9). Das Buch gliedert sich insgesamt in fünf Hauptteile.

*Hauptteil Eins – Wahldemokratien:* Die Wahldemokratie (liberale Wahldemokratie) wird nicht so sehr als „Herrschaft des Volkes“ im Sinne einer Selbstherrschaft verstanden, sondern vielmehr geht es um „Herrschaft durch das Volk“, also eine Herrschaft auf Zeit von gewählten VertreterInnen, die den „WählerInnenwillen“ ausdrücken sollen. Über den elektoralen Prozess werden quasi „Brücken“ zwischen Repräsentierten und RepräsentantInnen aufgebaut beziehungsweise funktional konstruiert. Rosenberger und Seeber sprechen von der „globalen Erfolgsgeschichte“ (S. 12) der Wahldemokratie, verweisen aber auch auf Schattenseiten liberaler Demokratie.

*Hauptteil Zwei – Wahlrechte:* Dabei steht zentral im Vordergrund, wer über das Wahlrecht (demokratiekonzeptionell) zum politischen Volk gemacht wird beziehungsweise gemacht werden soll. „Wer ist ‚Volk‘, somit Souverän?“ (S. 31). Denn erst die (historische) Ausweitung des Wahlrechts ermöglichte rechtlich gleiche BürgerInnen. In Einwanderungsgesellschaften (und welche Gesellschaft ist keine Einwanderungsgesellschaft?) entstehen neue demokratiepolitische Spannungsfelder zwischen Staatsbürgerschaft, Wählen, Migration und Mobilität.

*Hauptteil Drei – Wahlverhalten:* Hier präsentieren und diskutieren die AutorInnen vergleichend verschiedene Ansätze, die Wahlverhalten erklären möchten. Dazu zählen beispielsweise die „gesellschaftlichen Spannungslinien“ (nach Lipset und Rokkan, 1967, zwei Phasen – Zentrum/Peripherie und konfessionell/säkular sowie später Stadt/Land und besitzende Klasse/Arbeiterklasse), die „wertorientierten Spannungslinien“ (nach Inglehart die materialistischen und postmaterialistischen Werte) sowie „ideologische Einschätzungen“ entlang von links/rechts Dimensionen. Im Ausblick zu diesem Kapitel thematisieren Rosenberger und Seeber interessante Trends und Diskussionspunkte: Informationskomplexität erschwert rein rationale Wahlentscheidungen; weibliche Wählerinnen, vor allem wenn sie jünger und höher gebildet sind, gehen auf größere Distanz zu rechten/rechtspopulistischen Parteien, und wählen vielfach häufiger linke Parteien; schlechtere Wirtschaftsdaten beziehungsweise krisenhafte ökonomische Entwicklungen fördern die Abwahl von Regierungsparteien; Wahlbeteiligung sinkt tendenziell in den westeuropäischen Demokratien, wenn systematisch Zeiträume von mehreren Jahrzehnten betrachtet werden; und Österreich ist die einzige (europäische) Demokratie, in der das allgemeine aktive Wahlrecht auf 16 abgesenkt wurde.

*Hauptteil Vier – Wahlsysteme:* Das Wahlsystem entscheidet über die Übersetzung von Stimmen in Mandate (also die „Stimmverrechnung“). In den liberalen Wahldemokratien gibt es verschiedene Wahlsysteme. Die Grund-

konzepte (sowie ihre unterschiedlichen Ausformungen) von Mehrheits- und Verhältniswahl werden vergleichend gegenübergestellt – so etwa die „Westminsterdemokratie“ versus die „Konsensusdemokratie“ (S. 70).

*Hauptteil Fünf – Abstimmen:* „Abstimmen und nicht Wählen stand an der Wiege der (direkten) Demokratie“ (S. 87). Die AutorInnen präsentieren den demokratietheoretischen Ansatz, dass es bisher zwei demokratische Transformationsphasen gab: der Übergang von autoritär zu demokratisch sowie der Übergang von direkter zu indirekter Demokratie. Die dritte Transformationsphase wäre gegenwärtig der Übergang von nationalen zu transnationalen Demokratieformen. Rosenberger und Seeber arbeiten heraus, wie in mehreren nationalen europäischen Demokratien betreffend EU-Fragen immer wieder direktdemokratische Entscheidungsmechanismen eingesetzt werden, auch wenn im nationalen Kontext Referenden unüblich sind. Die supranationalen EU-Institutionen basieren auf „hochkomplexen Abstimmungsregeln“, bei einer tendenziellen Unterrepräsentation der nationalen politischen Opposition (S. 87f.; 100f.). Nach Fritz Scharpf (1999) hat die EU eine mangelnde institutionelle Inputlegitimierung, konnte aber auf eine Outputlegitimierung verweisen. Rosenberger und Seeber machen deutlich, wie bei der EU die beiden Prinzipien „one person/one vote“ und „one state/one vote“ gegeneinander (miteinander?) konkurrieren (S. 88).

Das hier besprochene Buch überzeugt durch die analytische Klarheit und Konsistenz, wie es das Wählen in seinen demokratietheoretischen und demokratiepolitischen Verstärkungen nachzeichnet. Damit eignet sich vorliegendes Buch sowohl als Einführung für Studierende der Politikwissenschaft sowie als Überblick für Professionelle. Häufig beziehen sich politikwissenschaftliche Arbeiten auf *Wahlen*. Vorliegendes Buch kann konzeptionell so verstanden werden, dass es das *Wählen* als grundsätzlicher ansieht, dass also das *Wählen den Wahlen zugrunde liegt*. Ohne einer Vermessung (Stimmverrechnung) durch Wählen (Wählen/Wahlen) ist Demokratie nicht möglich. In einer Passage des Buchs reflektieren Rosenberger und Seeber über die zukünftige Bedeutung von Wahlen. „Wahlen verlieren an Bedeutung, weil Politik und Staat an Signifikanz für das individuelle Leben, Arbeiten und Wirtschaften verlieren“ (S. 28). Wahlen werden häufiger mit „öffentlichen Gütern“ und „kollektiver Solidarität“ assoziiert, während die um sich greifende „Marktgesellschaft“ mehr auf „individuelle Nutzenmaximierung“ abzielt. Solche Trends werden auch im Begriff der „Post-Democracy“ (Colin Crouch, 2004) eingefangen. An einer anderen Stelle im Buch thematisieren Rosenberger und Seeber die tendenziell abnehmenden Wahlbeteiligungen (S. 62). Zusätzlich herausgefordert wird das durch die These einer dritten (demokratischen) Transformationsphase der Übergänge von nationalen zu transnationalen Demokratieformen beziehungsweise einer Notwendigkeit dafür. Der Eigenlogik des Buchs folgend ließe sich jedoch argumen-

tieren, dass mögliche empirische Erosionstendenzen von Wahlen nichts an der basalen demokratietheoretischen und demokratiepolitischen Bedeutung des Wählens ändern oder schmälern. Wählen soll als notwendiger Abstimmungsmechanismus für Entscheidungsprozesse in komplexen, pluralistischen und heterogenen Gesellschaften gelten, deren Komplexitätsgrad durch Transnationalisierung und Globalisierung sicherlich noch zunehmen wird. Wie die Rekordwahlbeteiligung beim Obama-Wahlsieg in den USA vom November 2008 aufzeigt (die höchste nach 1960), ist es (zyklisch) möglich, dass Wahlbeteiligungen historisch-langfristig auch (deutlicher) schwanken. Die Demokratien des 21. Jahrhunderts werden sich diskursiv fortlaufend damit auseinandersetzen müssen, was als empirisch adäquate Umsetzungsformen des demokratischen Grundprinzips des Wählens gelten soll – an der „Wahlen-Methode“ führt schließlich kein Weg vorbei.

David F. J. Campbell (Wien)

E-Mail: david.campbell@uni-klu.ac.at

Hermann Frank Meyer

BLUTIGES EDELWEISS. Die 1. Gebirgs-Division im Zweiten Weltkrieg, Berlin 2008, Ch. Links Verlag, 798 S., 34,90 EUR.

Mit der Geschichte der 1. Gebirgs-Division legt Hermann Frank Meyer nun ein weiteres voluminöses Werk vor, das sich mit den Taten einer Wehrmachtsdivision im Zweiten Weltkrieg beschäftigt. Ebenso wie bei seiner 2002 erschienenen Studie über die 117. Division liegt auch hier der Schwerpunkt auf dem Geschehen in Griechenland, wo die Division 1943 im Norden des Landes stationiert war. Die in Südbayern aufgestellte Einheit, deren Angehörigen – darunter unverhältnismäßig viele Österreicher – das Edelweiß als Abzeichen an ihrer Uniform getragen hatten, war von Beginn des Krieges an in Polen, danach in Frankreich und Jugoslawien und nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 an der Ostfront eingesetzt, ehe sie im Frühsommer 1943 an die albanisch-griechische Grenze verlegt wurde. Hier war die Division, die bisher immer an vorderster Front eingesetzt war, mit sporadischen Aktionen der griechischen und albanischen Partisanen konfrontiert. Akribisch und minutiös beschreibt Meyer, wie sich die Elitetruppe innerhalb kürzester Zeit zu einer Einheit entwickelte, die sich schwerster Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung schuldig machte. Gestützt auf Archivmaterialien aus über zehn Ländern, auf Zeitzeugeninterviews aus über 200(!) betroffenen Ortschaften, Ermittlungsergebnissen der Nachkriegsjustiz und der Auswertung aller gedruckten Quellen zeichnet Meyer ein Bild des Geschehens, das von den hagiographischen Nachkriegslegenden der beteiligten Protagonisten, die

sich im „Kameradenkreis der Gebirgstruppe“ organisiert hatten, diametral abweicht.

Bei den Partisaneneinsätzen wurden prinzipiell keine Gefangenen gemacht: Wer mit einer Waffe angetroffen wurde, wurde auf der Stelle erschossen. Umliegende Dörfer wurden geplündert und in Brand gesteckt. Die verbliebenen Einwohner – von Babys bis zu Greisen – wurden wahllos massakriert und in den Truppenmeldungen als „Feindtote“ deklariert. Allein in den Monaten Juli und August 1943 zerstörte die 1. Division 184 Ortschaften und ermordete 1759 Zivilisten – die Zahl der eigenen Gefallenen betrug 22. Das an unschuldigen Opfern größte Verbrechen an Zivilisten verübte die Division im epirotischen Dorf Kommeno, wo am 12. August 1943 etwa 120 Angehörige der 12. Kompanie des 98. Regiments, ohne beschossen zu werden oder auf Feindwiderstand zu treffen, in den Ort eindringen und drei Stunden lang ein Massaker anrichten, bei dem sie 371 Menschen ermordeten, darunter 172 Frauen und 97 Kinder und Jugendliche unter 15 Jahre. Die Kompanie hatte keinen einzigen Gefallenen oder Verwundeten. Exemplarisch lässt sich im Fall Kommeno auch zeigen, wie die Wehrmacht systematisch Berichte manipulierte, um Kriegsverbrechen zu vertuschen. Während im Regimentsbericht (fälschlicherweise) „150 tote Zivilisten“ angeführt werden, spricht der Divisionsbericht von „150 Feindtoten“. Im Bericht an den Generalstab werden daraus „150 tote Banditen“ und im Kriegstagebuch des deutschen Generalstabes bei der italienischen 11. Armee vermerkt ein gewisser Oberleutnant Kurt Waldheim nur mehr lakonisch: „Im Bereich der 1. Geb.Div. Ort Komeno [...] gegen heftigen Feindwiderstand genommen. Hierbei Feindverluste“. So verwandelt sich im Laufe von vier Wehrmachtsberichten ein Kriegsverbrechen in einen konventionellen Akt der Verteidigung. Dabei wird deutlich, dass es aus quellenkritischer Sicht unabdingbar ist, nicht nur die Wehrmachtsakten, sondern eine Vielzahl von Quellen zu berücksichtigen, um der Realität der Verbrechen nahezukommen.

Neben Zivilisten fielen auch italienische Soldaten den Taten der 1. Gebirgs-Division zum Opfer. Nach der Kapitulation Italiens Anfang September 1943 entschied die auf den Ionischen Inseln Kefalonia und Korfu stationierte italienische Division Acqui nicht die Waffen zu strecken, sondern gegen die Wehrmacht zu kämpfen. Laut „Führerbefehl“ sollten die italienischen Offiziere erschossen, die Unteroffiziere und Mannschaften zur Zwangsarbeit in den Osten abgeschoben werden. Minutiös recherchiert Meyer den Ablauf des Geschehens auf Kefalonia und kommt zum Schluss, dass von den etwa 10 600 Italienern etwa 2500 – unter ihnen nur etwa 525 Offiziere – ums Leben kamen. Die wenigsten während der Kämpfe, die meisten von ihnen wurden nach ihrer Gefangennahme von Angehörigen der 1. Gebirgs-Division, der 104. Jäger-Division und dem Festungs-Grenadier-Bataillon 910 ermordet. Hinzu kamen noch 1564 Italiener, die beim Abtransport von der Insel bei Schiffsunglücken ums Leben kamen.

Keiner der Angehörigen der 1. Gebirgs-Division wurde von der deutschen oder österreichischen Nachkriegsjustiz wegen der begangenen Kriegsverbrechen verurteilt. Einzig General Hubert Lanz, dem als Befehlshaber eines Armeekorps auch die 1. Gebirgs-Division unterstand, wurde im Nürnberger Nachfolgeprozess gegen die Südostgeneräle 1948 u. a. wegen der Ermordung der italienischen Soldaten auf Kefalonia zu zwölf Jahren Haft verurteilt, aber bereits 1951 wieder entlassen. In Italien, Griechenland und der BRD laufende Ermittlungsverfahren wurden unter dem Einfluss des Kalten Krieges, der Wiederbewaffnung der BRD und deren Integration in die NATO allesamt eingestellt. 1956 stellte die Bundeswehr wieder eine 1. Gebirgs-Division auf, wo sich alsbald Offiziere der ehemaligen Wehrmachtsdivision in höchsten Positionen wiederfanden. Unter ihnen so manche, die schwerer Kriegsverbrechen am Balkan beschuldigt wurden.

Erst mit den Debatten um die Rolle der Wehrmacht im Vernichtungskrieg ab den 1990er-Jahren begann eine vermehrte wissenschaftliche Auseinandersetzung über den Werdegang einzelner Wehrmachtsseinheiten. Hermann Frank Meyers akribische Arbeit über die 1. Gebirgs-Division gehört dabei zweifellos zum Besten, was eine kritische Forschung zu leisten vermag. Es zeigt aber auch, dass die Forschung auf diesem Gebiet erst am Anfang steht. Um einen umfassenden Blick auf die Wehrmacht im Nationalsozialismus zu gewinnen, sind noch viele solcher Arbeiten notwendig. Doch schon nach dem aktuellen Forschungsstand zeichnet sich deutlich ab, dass die Beteiligung der Wehrmacht an den nationalsozialistischen Verbrechen eine wesentlich größere Dimension umfasst, als wir es bisher angenommen haben.

Walter Manoschek (Wien)

E-Mail: [walter.manoschek@univie.ac.at](mailto:walter.manoschek@univie.ac.at)

Reinhard Müller

MARIENTHAL. Das Dorf – Die Arbeitslosen – Die Studie, Innsbruck 2008, Studienverlag, 423 S., 39,90 EUR.

Marienthal liegt im Gemeindegebiet von Gramatneusiedl und war ein klassisches Beispiel für die im niederösterreichischen Industrieviertel weit verbreiteten Fabriksiedlungen, die meist an Flüssen, die vor der Nutzung der Dampfmaschinen bereits als Energiequelle benutzt wurden, entstanden sind. Marienthal ist ein solches „kleines Fabrikdorf an der Fischa-Dagnitz im Steinfeld“, wie Marie Jahoda, Paul Lazarsfeld und Hans Zeisel in ihrer weltweit bekannten Studie über die Arbeitslosen von Marienthal schilderten: „Man erreicht die nächstgelegene Eisenbahnstation Grammat-Neusiedel von Wien aus mit der Ostbahn im fünfunddreißig Minuten und wandert dann noch etwa eine halbe Stunde in das völlig flache Land hinein“.

Auch wenn die Studie über dieses arbeitslose Dorf der 1930er-Jahre heute in englischer, französischer, koreanischer, italienischer, spanischer, norwegischer, ungarischer und polnischer Übersetzung weltweite Verbreitung gefunden hat, wissen nur wenige mehr über das Dorf und die Gesellschaft, in der die Forschungen der „Österreichischen Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle“ durchgeführt wurden. Manch/e SozialwissenschaftlerIn hält den Namen des Dorfes gar immer noch für fiktiv, da „Marienthal“, als Ortsteil Gramatneusiedls, nicht auf einer Landkarte zu finden ist. Reinhard Müller, Soziologe am „Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich“ an der Universität Graz, hat diesen Mangel nicht nur erkannt. „Kaum ein Wissenschaftler, kaum eine Wissenschaftlerin weiß mehr über Marienthal als das Wenige, das in dem bekannten Buch von 1933 berichtet wird“ (S. 13), schreibt er in seinem neuen Buch über das Dorf, die Arbeitslosen und die Studie „Marienthal“ und behebt damit auch gleich den attestierten Mangel.

Müllers über 400 Seiten umfassendes Buch besteht eigentlich aus drei verschiedenen Teilen. Zunächst schildert er die Geschichte des Bauerndorfs Gramatneusiedl seit dem 12. Jahrhundert und die Gründung der nahe gelegenen Arbeiterkolonie und Fabrik Marienthal in den 1840er-Jahren. Seither war die Gemeinde vom Gegensatz zwischen der rasch wachsenden Arbeiterkolonie und dem direkt daneben liegenden Bauerndorf geprägt. Das rasche Wachstum der Arbeitersiedlung zeigt sich auch in der frühen Etablierung der Arbeiterbewegung im Ort, die sich bald in einer sozialdemokratisch geprägten Gemeindepolitik widerspiegelte.

Müller unterschlägt dabei auch nicht, woher die ArbeiterInnen kamen, die seit dem 19. Jahrhundert nach Marienthal kamen. Die Geschichte der Industrialisierung des niederösterreichischen Industrieviertels südlich von Wien war letztlich auch eine Geschichte der Migration. Als Marie Jahoda und ihre KollegInnen nach Marienthal kamen, sprachen viele der dortigen BewohnerInnen noch Tschechisch. In der Studie wird diese Herkunft der ArbeiterInnen nur in einem Nebensatz erwähnt, für Müller spielt sie jedoch ebenso eine Rolle wie das Vereinsleben oder die durch die Fabriksherrn der Familie Todesco getätigten Investitionen. Die ArbeiterInnen Marienthals waren jedoch nicht die einzigen Zuwanderer nach Gramatneusiedl. Im Ersten Weltkrieg wurde mit dem k.k. Barackenlager Mitterndorf ein Lager für Kriegflüchtlinge errichtet, das zu einem zweiten verarmten Ortsteil der Gemeinde wurde. „Bereits im November 1917 verließen die Ersten das Barackenlager, und nach Kriegsende, insbesondere seit Januar 1919, versuchte man, das Lager aufzulösen und die Menschen in ihre Heimat zurückzuschicken, doch verblieben viele der Zwangsausgesiedelten im Ort“ (S. 107). Sie, die ArbeiterInnen in Marienthal, und die zahlreichen Angestellten der Eisenbahn bildeten die soziale Basis für die sozialdemokratisch geprägte Gemeindeverwaltung, die erst mit der Ausschaltung der Demokratie

durch den Austrofaschismus und das zahlreiche Überlaufen sozialdemokratischer WählerInnen zu den Nazis ihr Ende fand. „Widerstand gegen die nationalsozialistische Machtübernahme war zunächst keiner zu verzeichnen. Vielmehr schloss sich der überwiegende Teil der ehemals sozialdemokratischen Arbeiterschaft Marienthals dem Nationalsozialismus an, ebenso im Bauerndorf Deutschnationale und auch viele Christlichsoziale“ (S. 193). Als Großbariseur trat dabei Fritz Ries auf, der die verbliebene Marienthaler Textilfabrik von Kurt Sonnenschein arisierte. Die „Erfolgsgeschichte“ des Industriellen, die sich auch nach 1945 fortsetzte, liest sich wie ein Sittenbild der westdeutschen Nachkriegsökonomie. „Gleich nach Kriegsende gründete Fritz Ries die zunächst auf Herstellung von Fußbodenbeläge spezialisierte ‚Pegulan-Werke Aktiengesellschaft‘ in Frankenthal (Rheinland-Pfalz) als sein neues Hauptunternehmen, wurde dessen Vorstandsvorsitzender und Hauptaktionär; stellvertretender Vorstandsvorsitzender war übrigens Hanns-Martin Schleyer“ (S. 196), der ja selbst von seinen Mördern von der RAF nicht für seine SS-Vergangenheit, sondern lediglich als Wirtschaftskapitän erschossen wurde. Auch im Falle des Marienthal-Ariseurs Fritz Ries behinderte seine NS-Vergangenheit jedenfalls nicht seine Nachkriegskarriere.

Kurz vor dem Ende der Machtübernahme der Austrofaschisten und dem späteren Überlaufen vieler Marienthaler zu den Nazis wurde durch die Schließung der Fabrik jene Situation geschaffen, die die Marienthal-Studie über ein ganzes arbeitsloses Dorf ermöglichte und deren Beschreibung den zweiten Teil des Buches von Reinhard Müller bildet. Nicht nur die Rahmenbedingungen der Studie, sondern auch die Biographien der MitarbeiterInnen des Projektteams, Marie Jahoda, Paul Lazarsfeld, Hand Zeisel, Lotte Schenk-Danzinger, Maria Deutsch, Karl Hartl, Clara Jahoda, Hedwig E. F. Jahoda, Paul Stein, Josefine Stross, Gertrude Wagner, Walter Wodak, Ilse Zeisel und Kurt Zinram. Lediglich Elfriede Guttenberg konnte nicht identifiziert werden.

Nach einer umfassenden chronologischen Bibliographie zu Marienthal folgt schließlich als dritter Teil eine Sammlung von Erinnerungen an Marienthal in Form von Gesprächen, die der Grazer Soziologe Christian Fleck mit Gertrude Wagner, Marie Jahoda und Lotte Schenk-Danzinger in den 1980er-Jahren geführt hatte.

Insgesamt ergibt sich aus all dem eine wahre Fundgrube an Hintergrund- und Zusatzinformationen zu Marienthal als Ort, zur Studie und letztlich auch zur Entstehung und Vertreibung der kritischen Sozialwissenschaft aus Österreich. Wer sich in Zukunft näher mit der Marienthal-Studie beschäftigen will, wird an Reinhard Müllers Buch nicht vorbei kommen.

*Thomas Schmidinger (Wien)*

*E-Mail: thomas.schmidinger@univie.ac.at*

Walter Feichtinger/Wolfgang Braumandl/Nieves-Erzsebet Kautny (Hg.)

PRIVATE SICHERHEITS- UND MILITÄRFIRMEN.

Konkurrenten – Partner – Totengräber? Wien 2008, Böhlau Verlag, 326 S., 35,00 EUR.

Private Militärfirmen stehen spätestens seit dem Irak-Krieg, an dem sie nach den US-Militärs zusammengenommen die zweitgrößte Streitmacht stellen, im Lichte der Öffentlichkeit. Dabei handelt es sich eigentlich um eine eher öffentlichkeitsscheue Branche. So genau wollen oft nicht einmal die AuftraggeberInnen wissen, was ihre Privaten Militärfirmen (PMF) genau tun bzw. wie sie es tun. Zumindest zitiert Jeremy Scahill in seinem mittlerweile auch auf Deutsch vorliegenden Buch über Blackwater den hohen CIA-Mitarbeiter A. B. „Buzzy“ Krongard dahingehend: „Der Krieg wird weitgehend von Streitkräften gewonnen werden, die Sie nicht kennen, durch Aktionen, von denen Sie nichts sehen werden, und auf eine Art und Weise, von der Sie wahrscheinlich gar nichts wissen wollen.“

Umso wichtiger ist es, dass es einen immer größeren Teil der Weltöffentlichkeit gibt, der genau das wissen will, und umso interessanter ist es auch, was dazu Fachleute zu sagen haben, deren tägliches Geschäft die Beschäftigung mit militärischen Fragen ist. Walter Feichtinger, Brigadier im österreichischen Bundesministerium für Landesverteidigung und Leiter des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Österreichischen Landesverteidigungsakademie, sein Mitarbeiter Wolfgang Braumandl und Nieves-Erzsebet Kautny vom Österreichischen Institut für Internationale Politik haben einen Sammelband über private Sicherheits- und Militärfirmen herausgebracht, der gerade deshalb interessant ist, weil er die Sicht gebildeter staatlicher Militärs zu dieser Problematik darlegt, aber auch Beiträge von WissenschaftlerInnen verschiedener Universitäten, wie Gregor Giersch oder Rolf Uessler, beinhaltet.

Die versammelten Texte sind dabei sichtlich um wissenschaftliche Nüchternheit bemüht und nicht im gut lesbaren, aber fallweise ins Polemische abgleitenden journalistischen Stil eines Jeremy Scahill verfasst. Trotzdem wird auch hier deutlich, dass sich auch für Militärs die zunehmende Bedeutung privater Sicherheits- und Militärfirmen als durchaus problematisch darstellt. Feichtinger lehnt den Einsatz von privaten Militärfirmen etwa nicht grundsätzlich und in jeder Situation ab, will jedoch die Staaten in die Pflicht nehmen. Diese trügen „die Verantwortung für die Etablierung und Durchsetzung des Gewaltmonopols sowie für die Auslagerung von Teilbereichen von Sicherheit an private Firmen“ (S. 26). Die bisherigen Erfahrungen mit nationalen Regeln über den Einsatz von PMF wären jedoch ernüchternd. Bisher würden Regeln weitgehend fehlen und damit Verfehlungen nicht sanktionierbar sein. Bei einem allfälligen Einsatz von PMF wäre entscheidend, „sie einem zweckmäßigen Reglement, das handhabbar und

sanktionierbar ist, zu unterwerfen.“ Erwin Schmidl beschäftigt sich schließlich mit der Frage, wer denn nun genau als Söldner und wer als Soldat zu bezeichnen wäre, wobei er die klare Abgrenzbarkeit und die Unterscheidung zwischen guten Soldaten und bösen Söldnern partiell infrage stellt. Rolf Uessler wehrt sich hingegen gegen jede Form einer Privatisierung von Sicherheit. „Die Privatisierung (ob in Form von Paramilitärs oder Terroristen), die Kommerzialisierung (in Form privater Militär-, Sicherheits- und Intelligence-Firmen), aber auch das Outsourcing von Gewalt“ ließe sich nach Uessler nur dann eindämmen und verhindern, „wenn die Gewaltmonopole der Einzelstaaten nicht nur verteidigt bzw. wieder aufgebaut, sondern auch durch ein internationales Gewaltmonopol ergänzt werden“ (S. 87). Wie dies ohne einen Weltstaat funktionieren soll, bleibt allerdings unausgeführt. Uessler belässt es dabei festzustellen, dass es dafür seiner Meinung nach keine Weltregierung brauche.

Christian Schaller beschäftigt sich mit völkerrechtlichen Fragen zum Thema, Michael Pesendorfer mit der österreichischen Rechtslage, Gregor Giersch schließlich mit der kontinentaleuropäischen Perspektive, die sich stark von der britischen und US-amerikanischen unterscheidet. Die starke Präsenz von PMF in Großbritannien und den USA unterscheidet sich von der Situation in anderen europäischen Staaten. Giersch sieht die PMF dabei als Hindernis für eine postnationale europäische Sicherheitsordnung. Auch einige der weiteren Beiträge des Bandes sind durchaus interessant, wenn sich manche LeserInnen vermutlich gelegentlich auch deutlichere Abgrenzungen der Militärs zu den PMF wünschen würden. Deutlich wird aus dem Sammelband trotzdem, dass auch österreichische Militärs das grundsätzliche Problem erkannt haben und sich nicht kampfflos dem Outsourcing militärischer Aufgaben ergeben wollen. Dies liegt nicht nur in ihrem Eigeninteresse, sondern auch im Interesse aller, die eine demokratische Kontrolle von Streitkräften für eine Mindestvoraussetzung eines funktionierenden Rechtsstaates halten.

Thomas Schmidinger (Wien)

E-Mail: thomas.schmidinger@univie.ac.at

Thomas Schmidinger (Hg.)

VOM SELBEN SCHLAG... Migration und Integration im niederösterreichischen Industrieviertel. Wiener Neustadt 2008, Verein Alltag Verlag, 403 S., 19,90 EUR.

Der Zusammenhang zwischen Industrialisierung und Arbeits- sowie Erwerbsmigration wurde bereits von zahlreichen sozialwissenschaftlichen Disziplinen und der Migrationsforschung erforscht. In vielen lokal- und regionalgeschichtlichen Betrachtungen geht jedoch genau die Erkenntnis dieses Zusammenhanges unter. Der von Thomas Schmidinger herausgegebene Sammelband versucht diese Lücke anhand des Beispiels des niederösterreichischen

Industrieviertels zu erschließen. Diese südlich von Wien gelegene Region gilt als eine der ältesten Industrieregionen Österreichs und zog vor allem im 19. Jahrhundert ArbeiterInnen aus der ganzen Österreichisch-Ungarischen Monarchie an. Zudem entstanden im Umkreis der Fabriken ArbeiterInnensiedlungen und -vereine, genauso wie soziale Einrichtungen und Schulen.

Bei der Zusammensetzung des vorliegenden Sammelbandes fällt zweierlei auf: Zum einen beinhaltet dieser ein breites Spektrum an AutorInnen, wobei sowohl WissenschaftlerInnen, JournalistInnen als auch AutorInnen, die in der Praxis mit MigrantInnen arbeiten, für diesen Band gewonnen werden konnten. Zum anderen ist erfreulich anzumerken, dass zahlreiche AutorInnen mit Migrationshintergrund oder mit regionalen Bezugspunkten an diesem Band mitgewirkt haben und es nicht, wie so oft, bei einem „über“ z.B. MigrantInnen Schreiben, geblieben ist. Diesem Ansatz liegt nicht zuletzt ein sehr progressives Verständnis von Integration zugrunde.

In diesem Werk wird durch die 35 Beiträge die Breite der Zugänge zu geschichtlichen und aktuellen Fragen um Migration und Integration im Industrieviertel ersichtlich. Eine kritische Grundhaltung zieht sich mehr oder weniger durch alle Beiträge des Buches hindurch: Aus fast allen Beiträgen ist herauszulesen, dass die Auseinandersetzung mit Migration und Integration auch abseits von vorurteilsbehafteten Vorannahmen möglich ist und aktuelle politische Maßnahmen und gesetzliche Regelungen im Bereich der Migrations- und Flüchtlingspolitik oft zu kurz greifen.

Um die thematische Vielfalt des Werkes zu erreichen, wurde ein Bogen über vier Eckpfeiler gespannt. Im Rahmen dieser Rezension sollen zur Veranschaulichung vereinzelt Artikel herausgegriffen werden. So geht es im ersten Kapitel bspw. um die Arbeitsmigration im 19. Jahrhundert. Sylvia Hahn beleuchtet in ihrem Beitrag die Entwicklung des Wiener Beckens zum Industrieviertel, das aufgrund seiner Ressourcen vor allem für die Papier- und Textilerzeugung sowie die Eisen- und Metallverarbeitung attraktiv war. Die Fabriksgründungen brachten die Zuwanderung von Arbeitskräften mit sich, wobei eine Kernschicht an StamarbeiterInnen gehalten und schließlich auch durch Familiengründungen sesshaft wurde. Besonders das Ende des Zweiten Weltkrieges brachte große wirtschaftliche Einbrüche in die Region, wobei zahlreiche Betriebsschließungen folgten. Thomas Schmidinger zieht wiederum Parallelen zwischen der Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ von 1933 und gezwungenermaßen beschäftigungslosen AsylwerberInnen – denn „das Nichtstun beherrscht den Alltag“ (S. 38.) in beiden Fällen. Dies brachte damals wie heute auch psychische Veränderungen mit sich wie Resignation, Apathie oder notorische Unpünktlichkeit.

Im zweiten Abschnitt werden Folgen von rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen für Migration und Integration thematisiert. Corinna Milborn setzt sich mit

der restriktiven europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik auseinander und führt deren Folgen am Beispiel der südlichen EU-Außengrenze eindrucksvoll aus. Der großen Immigrations-Nachfrage wird durch Abschottung der Grenzen, also in Folge eine Erschwerung der legalen Zuwanderung, und gleichzeitig dem Profitieren von der billigen Arbeitskraft der Illegalisierten in der EU begegnet. Elisabeth Strasser leistet einen wichtigen Beitrag, indem sie die Entwicklung der österreichischen Migrationspolitik nachskizziert. Irene Messinger widmet sich einem brisanten Thema, nämlich Scheinehen und Aufenthaltsehen zwischen ÖsterreicherInnen und Drittstaatsangehörigen im Industrieviertel: Während die Entscheidung, wer wann wie geehelicht wird, zunehmend in das Visier staatlicher Behörden rückt, bedeutet dies einen massiven Einschnitt in den Bereich der Ehe – so eine der Schlussfolgerungen.

Im dritten Kapitel des Buches widmen sich die AutorInnen den konkreten Lebensbedingungen von MigrantInnen, AsylwerberInnen und Konventionsflüchtlingen im Industrieviertel. Zu zweifelhaftem Ruhm ist das Erstaufnahmezentrum Traiskirchen gelangt, analysiert Herbert Langthaler, fungiert es doch wie ein „Seismograph“ für die österreichische Flüchtlings- und Asylpolitik. Jan Kreisky erläutert das Konzept der Integrationswohnhäuser als Startmöglichkeit für Konventionsflüchtlinge, genauso wie Probleme bei der Integration der Flüchtlinge – wie etwa die Unmöglichkeit sich nachbarschaftlich auszutauschen, wenn es keine unmittelbaren AnrainerInnen gibt. Dorothee Dietrich berichtet über – durch Traumata oder Neurosen ausgelöste – Schwierigkeiten in der Psychotherapie mit AsylwerberInnen oder bereits Aufenthaltsberechtigten.

Im abschließenden und umfangreichsten Abschnitt wird das Hauptaugenmerk auf die unterschiedlichen Regionen, aus denen MigrantInnen und Flüchtlinge, die heute im Industrieviertel leben, gelegt. Zu diesen zählen Ostmitteleuropa, Afrika, Lateinamerika, Vorderasien oder auch der Ferne Osten. Dabei werden konkrete soziale Probleme und Integrationsbemühungen aufgezeigt. Heinz Fassmann untersucht so bspw. die Anzahl, Herkunft und die strukturellen Eigenschaften von ostmitteleuropäischen Immigranten. Kritisch anzumerken wäre hier, dass eine Gegenüberstellung von ostmitteleuropäischen mit ex-jugoslawischen und türkischen ImmigrantInnen nicht zu einer Wertung führen sollte, genauso wie sich Migrationsgründe nicht ausschließlich durch ein ökonomisch rationales Raster erfassen lassen. Kim Kwok und Michael Parzer setzen sich mit MigrantInnen chinesischer Herkunft im Industrieviertel auseinander und gehen dem Phänomen nach, dass sich diese bevorzugt beruflich selbstständig machen. So scheint das Betreiben eines Chinarestaurants als Sprungbrett zu fungieren, mittels dessen materielle Lebensbedingungen verbessert und soziale Mobilität erhöht werden kann. Doch zum Selbstständig-Machen gehören nicht nur die Mobilisierung von finanziellen Mitteln,

sondern auch des sozialen Netzwerks, und das schließt Solidarität und Hilfsbereitschaft mit ein.

Dieser Sammelband stellt einen wertvollen und bewusstseins-schaffenden Beitrag zur Migrations- und Integrationsdebatte in Verbindung mit österreichischer Lokalgeschichte dar. Es wäre wünschenswert, wenn derartige Beiträge auch in die Mainstreamdebatte Eingang finden würden. Zur Abarbeitung dieses komplexen und vielschichtigen Themas sind interdisziplinäre Ansätze notwendig und die haben größtenteils auch erfolgreich in die Beiträ-

ge des Sammelbandes Einzug gefunden. Ein Manko des Buches hingegen wäre die mangelnde Thematisierung des Familiennachzugs, und zwar sowohl der rechtlichen Rahmenbedingungen als auch der Auswirkungen für Angehörige. Die zahlreichen kleineren, sozialwissenschaftlichen Studien im Band können jedenfalls zum Weiterforschen auf dem Gebiet der Lebensbedingungen von MigrantInnen, AsylwerberInnen und Konventionsflüchtlingen anregen.

*Meropi Tzanetakis (Wien)*

*E-Mail: meropi.tzanetakis@univie.ac.at*

## Die Sichtbarkeit des Unsichtbaren



**Bernhardt Petra, Hadj-Abdou Leila,  
Liebhart Karin, Pribersky Andreas**

# Europäische Bildpolitiken

**Politische Bildanalyse an Beispielen der EU-Politik**

*UTB: facultas.wuv 2009, 184 Seiten*

*ISBN 978-3-8252-8379-7*

*EUR 19,50 [A] / EUR 18,90 [D] / sFr 34,-*

Visualität ist für die Wahrnehmbarkeit politischer Kommunikation zu einer zentralen Bedingung geworden. Dieser Band präsentiert sozial-, kultur- und kommunikationswissenschaftliche Ansätze und zeigt deren Anwendbarkeit für politische Bildanalysen. Wie diese Analysen vorgenommen werden können, wird am reichhaltigen Bildmaterial der aktuellen EU-Politik gezeigt. Durchleuchtet werden die Konstruktion und Wirkungsweise EUropäischer Symbole, Darstellungen und politischer Inszenierungen. Ebenso wird der Frage nach Projektionen nationaler und EUropäischer politischer Kulturen, deren Grenzen und Kritik nachgegangen.

[www.facultas.at](http://www.facultas.at)

facultas.wuv

